

# Libell

LIGA

RUNDBRIEF AUSGABE 122

30. AUGUST 2007

GRÜNE LIGA BRANDENBURG E.V.

## Der Lacoma-Beschluss des Oberverwaltungsgerichtes etwas anders kommentiert

Viele Menschen reagierten bestürzt, als am 11. Juli das Oberverwaltungsgericht (OVG) eine aufschiebende Wirkung zu Gunsten der Lacomaer Teiche ablehnte und damit die Chancen auf eine Rettung dieser Landschaft vor dem Vattenfall-Tagebau beendet schienen. Es wird Zeit, ein wenig genauer über die Inhalte des Gerichtsbeschlusses zu schreiben, für die juristisch und fachlich komplizierte Lage einige verständliche Beispiele zu bringen. Drei Probleme prägen das Verfahren: das sogenannte „öffentliche Interesse“ am Tagebau, die Frage der Ersetzbarkeit der Landschaft und die fehlende FFH-Gebietsliste.

### Welches Interesse überwiegt

Ende 2006 hatte die Europäische Kommission (ausdrücklich unverbindlich) dem Vorhaben vor allem wegen dessen Arbeitsmarkteffekten zugestimmt. Informiert hatte das Land Brandenburg die Kommission zu vor darüber, dass 1.800 Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Abbaggerung der Teiche abhängen würden. Noch nie diese Zahl gehört? Nicht so schlimm, sie stimmt ja auch gar nicht. Man nehme eine beliebige Zahl Arbeitsplätze, in der bereits Aufträge an Fremdfirmen eingerechnet sind und multipliziere sie mit dem handelsüblichen Faktor für indirekte Arbeitsplatzeffekte (bestehend größtenteils aus den Fremdfirmen!). Was rauskommt ist in jedem Fall so imposant wie falsch.



Lacomaer Teichlandschaft

Dieselben Arbeitsplätze werden dabei zwangsläufig doppelt und dreifach gezählt. Die Europäische Kommission muß beeindruckt gewesen sein von der Wichtigkeit der Abbaggerung. Das Oberverwaltungsgericht löste das Problem offensichtlich manipulierter Arbeitsplatzzahlen mehr oder weniger elegant, indem es einfach für unerheblich erklärte, ob die Zahlen stimmen. Dem Beschluß nach scheint das zwingende öffentliche Interesse schon dann klar gegeben zu sein, wenn irgendeine Anzahl Arbeitsplätze über irgendeinen Zeitraum gesichert wird.

### Die Sicherung von Arten und Lebensräumen

Nach Ansicht der Kläger ist Lacoma nicht ersetzbar, doch um das zu beweisen, braucht man vor Gericht Beispiele, die auch den entsprechenden gesetzlichen Schutzstatus genießen. Gerade bei Stillgewässerlebensräumen ist das Defizit nicht zu übersehen, 70 ha Teiche verschwinden, 20 ha wurden bei Dissen neu gebaut. Da aber nicht der gesunde Menschenverstand, sondern der europäisch geschützte „Lebensraumtyp 3150“ einklagbar ist, wurde viele Seiten lang über diese Unterwasserpflanzen gestritten. Vattenfall repariert das Defizit, indem einzelne längst bestehende Peitzer Teiche als neu geschaffener Lebensraum angerechnet werden. Dabei konnte sich selbst die EU-Kommission nicht die Bemerkung verkneifen, dass die dortigen Maßnahmen „fachlich zweifelhaft“ seien. Für solche Diskussionen bedient sich das Bergbauunternehmen sogenannter „fachgutachterlicher Stellungnahmen“. Für jedes Problem ein Gutachten, egal ob vielleicht dasselbe drinsteht wie bereits im Planfeststellungsantrag - vier externe Gutachterbüros waren stets der Meinung ihres Auftraggebers und beeindruckten die Richter mit vielen Seiten Papier, Diplomtiteln und bunten Karten. Und natürlich sieht das OVG das, was diese Gutachter schreiben als „nachvollziehbar ausgeführt“ an. Wem das Geld für ein externes

Gutachten mit buntem Deckblatt fehlt, wer also selbst seinen Sachverstand benutzen muß, der kann im Rechtsstaat halt Pech haben, weil er die Ergebnisse der Gutachten „nicht substantiiert in Frage stellen konnte“. Es stellt sich auch die Frage, ob Geld für ein Gutachten überhaupt geholfen hätte, denn viele Büros wollen dafür nicht riskieren, über Jahre keine Aufträge bestimmter Unternehmen mehr zu bekommen.

### Wenn die Telefondrähte glühen

Brandenburg hatte um Jahre verspätet seine europäischen Schutzgebiete nach Brüssel gemeldet und mußte im Herbst 2006 erschreckt feststellen, dass sich die europaweite Schutzgebietsliste nun genauso viel Zeit ließ. Und ohne fertige europaweite Liste kennt die geltende Richtlinie keine Ausnahmeverfahren zur Zerstörung von Schutzgebieten. Dabei hatte man doch mit der Verzögerung von Gebietsmeldungen der Wirtschaft ursprünglich einen Gefallen tun wollen. Ein klassisches Eigentor der Lobbyisten. Aber für solche Fälle haben sie Presseabteilungen, die der Welt erklären, dass das komplizierte Europa recht Schuld ist.

Im Juni 2007 kam nun auch das Lacoma-Verfahren damit in die Schlagzeilen, dass eine Vorlage des Falles an den Europäischen Gerichtshof erwogen wurde. Das OVG machte sinngemäß klar: wir würden den Tagebau ja gern durchwinken, aber der Europäische

INHALT	Seite 2, 3 und 5	Seite 4	Seite 8 und 9	Seite 10
	Zwei Volksinitiativen kurz vom Ziel/eine am Start	Heiligendamms Nachlese	OVG stärkt den Artenschutz	Landesumweltpreis für Peter Ernst

Gerichtshof (EuGH) sagt in einem aktuellen Urteil viel zu eindeutig, dass das so nicht geht. Wir werden ihn wohl fragen müssen. Das Gericht gab beiden Parteien eine Galgenfrist dazu Stellung zu nehmen und war drei Wochen später komplett umgeschwenkt. Ganz klar sei alles europarechtskonform und allein entscheiden kann man darüber auch“ (Europäisches Recht darf allein vom EuGH ausgelegt werden!) begründet mit Argumenten, denen das Gericht auch drei Wochen zuvorschon hätte zustimmen können. Man fragt sich, mit wem sich die unabhängigen Richter in der Zwischenzeit unterhalten haben könnten. Ehrenbergmann-Platzeck jedenfalls hatte wenige Monate zuvor persönlich mit der EU-Kommission telefoniert, um trotz der EU-Rechtssprechung vorzeitig eine zustimmende „Stellungnahme“ zu bekommen. Ob er diese Gewohnheit ablegen konnte, als sein Lieblingssünder erneut in Not war?

Die Botschaft des gesamten Gerichtsbeschlusses ist also einfach: ein Energiekonzern hat immer Recht. Nach den Diskussionen der letzten Wochen, gerade um Vattenfall, kann man diese Sichtweise getrost als Fossil aus einer energiepolitischen Steinzeit betrachten, deren Tage gezählt sind. Genau deshalb mußte der Versuch unternommen werden, den Rechtsweg zu beschreiten, denn das Aussterben der Fossilköpfe hätte auch schneller gehen können. Man kann aber trotzdem daraus die Lehre ziehen, es möglichst nicht noch einmal bis zum Gerichtsverfahren kommen zu lassen, sondern vor allem am politischen Klima zu arbeiten. Wer im Herbst eine Volksinitiative gegen neue Tagebaue in Brandenburg unterzeichnet, tritt an genau der richtigen Stelle für eine neue Zeit ein. Wer als Stromkunde hilft, das Geld neu zu verteilen natürlich ebenfalls.

(Anm.: Im September will Vattenfall das Teichgebiet endgültig zerstören, da ab 16. 9. wieder Bäume gefällt werden dürfen. Über Protestaktionen und eventuelle juristische Neuigkeiten muß kurzfristig informiert werden, das ist in einer Monatszeitschrift leider kaum möglich.)

## Kohle-Studie in Finsterwalde vorgestellt

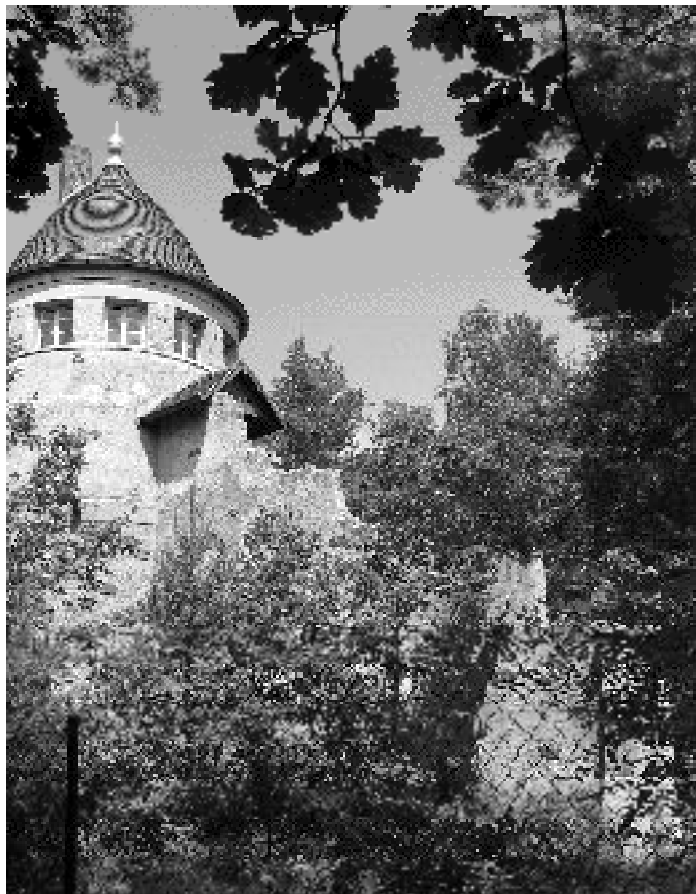
Am Abend des 12. Juli hatten sich mehrere hundert Menschen mit Transparenten zu sammengefunden, um sich von Minister Junghanns und Bergamts-Chef Freytag die Kohle-Studie der Landesregierung erklären zu lassen. Den Politikern schlug die geballte Ablehnung neuer Tagebaue durch die Bevölkerung entgegen, die sich in teils emotionalen, aber ausgesprochen sachkundigen Wortmeldungen äußerte.

Die Finsterwalder Lokalseite der Lausitzer Rundschau sprach von etwa 900 anwesenden Bürgern. Auch das RBB-Fernsehen und die BILD-Zeitung berichteten. Bemerkenswert ist, daß die Gesamtausgabe der großen Regionalzeitung die Veranstaltung überhaupt nicht erwähnte, während die Finsterwalder Lokalseite eine halbe Zeitungsseite lang berichtete. Der Kohlelobby dürfte jedenfalls daran gelegen gewesen sein, die Breite des Widerstandes nicht in den Spree-Neiße-Kreis übergreifen zu lassen und die Betroffenen zu vereinzeln. Dieser Versuch ist aber durch die Fahrt der „Klinger Runde“ im Grunde schon gescheitert. Die Betroffenen aus dem Raum Forst wurden mit starkem Beifall von den Bewohnern des Elbe-Elster-Kreises begrüßt. Mehrere Wortmeldungen riefen zur Solidarität zwischen allen Betroffenen in der Lausitz auf.

Weitere Bilder von der Veranstaltung gibt es auf [www.lausitzer-braunkohle.de](http://www.lausitzer-braunkohle.de) wie auch auf [www.mulknitz.com](http://www.mulknitz.com)

## Volksinitiative formiert sich „Keine neuen Braunkohletagebaue - für eine zukunftsfähige Energiepolitik“

Auf einer Auftakt- und Informationsveranstaltung am 7. Juli in Cottbus hat ein Bündnis aus Umweltorganisationen, Bürgerinitiativen, von Bündnis 90/Die Grünen und einer Landtagsabgeordneter der LINKEN den Start einer Volksinitiative gegen den Aufschluss neuer Braunkohletagebaue angekündigt. Ziel der Ver-



Alter Wasserturm in Sallgast

anstaltung war, die vom drohenden Braunkohleabbau Betroffenen zu informieren und weitere Organisationen und Einzelpersonen als Mitstreiter des Bündnisses zu gewinnen, das künftig unter dem Namen Volksinitiative „Keine neuen Braunkohletagebaue - für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ auftreten wird. „Wir wollen das Bündnis nun auf eine möglichst breite Basis stellen“, sagte der stellvertretende Landesvorsitzende des Naturschutzbundes Deutschland (NABU), Thomas Berg. Er rief interessierte BürgerInnen und am 7. Juli nicht vertretene Organisationen auf, sich dem Bündnis anzuschließen. Um Mitglied des Kreises von ErstunterzeichnerInnen zu werden, sei noch bis 15. September Zeit. Die TeilnehmerInnen stellten heraus, dass sich die Initiative nicht gegen die Beschäftigten von Vattenfall richtet. Konzepte zur Schaffung alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten in der Lausitz und zur Entwicklung einer zukunftsfähigen Energieversorgung sollen ein wesentlicher Teil der Kampagne werden. Die Geschäftsstelle des Bündnisses ist im Haus der Natur (Tel. 0331-2015520) in Potsdam angesiedelt. Ziel des Bündnisses ist es, auf dem Weg der Volksgesetzgebung die Genehmigung weiterer Braunkohletagebaue nach der Auskohlung der bestehenden Felder durch die Landesregierung zu verhindern.

**Achtung:** Wir bitten alle Mitglieder und Mitgliedsgruppen (auch außerhalb der Lausitz), sich ab dem 8. Oktober am Sammeln der Unterschriften zu beteiligen. Mit dem beiliegenden Unterstützerbogen kann man die Unterschriftenlisten bestellen, um sie rechtzeitig zum Beginn der Volksinitiative zu erhalten.

Hintergrundinformationen bietet [www.lausitzer-braunkohle.de](http://www.lausitzer-braunkohle.de), eine gemeinsame Internetseite des Volksinitiativ-Bündnisses ist in Vorbereitung.

### Hauptamtlich in der Region tätig bleiben

Bitte um Unterstützung für den Facharbeitskreis Braunkohle! Nachdem früher bereits Regionalgeschäftsstellen in Cottbus und Finsterwalde bestanden, die später Kürzungen der öffentlichen Gelder zum Opfer fielen, wurde in diesem Jahr die GRÜNE LIGA-Arbeit in der Lausitz erstmals wieder auf hauptamtliche Füße

gestellt. Seit Mai 2007 arbeitet der Cottbuser Martin Berngruber an der Problematik neuer drohender Kohletagebaue. Die Möglichkeit zum regelmäßigen persönlichen Gespräch mit den Menschen vor Ort ist aus der Ferne einfach nicht zu ersetzen und die ehrenamtlichen Kräfte waren mit bereits begonnenen Projekten stark in Anspruch genommen, als im Frühjahr die Diskussion um neue Braunkohletagebaue aufkam. So hat die Einrichtung der Teilzeitstelle den enormen Zuwachs an Schlagkraft gebracht, die dringend gebraucht wurde. Die Wiederbelebung des Facharbeitskreises Braunkohle steht in diesem Zusammenhang und sichert die regelmäßige Rückkopplung mit den Erfahrungen der ehrenamtlichen Kräfte. Im wesentlichen hat bisher die Umweltgruppe Cottbus die Finanzierung der bis Oktober befristeten Stelle ermöglicht. Die politische Debatte wird jedoch mindestens bis Jahresende anhalten, und gerade die Phase der Volksinitiative, auf die sehr erfolgreich hingearbeitet wurde, wäre ebenfalls hauptamtlich in der Region zu begleiten. Aus diesem Grund streben wir eine Verlängerung der Stelle um mindestens drei Monate an.

Um ebenfalls die nötigen Sachmittel zur Verfügung zu haben, haben wir uns vorgenommen, dafür 5.000 Euro Spenden einzuwerben. Wir bitten unsere Unterstützer, in- und außerhalb Brandenburgs, dazu einen kleinen Beitrag zu leisten. Die Arbeit zur Braunkohleproblematik können Sie unterstützen durch eine Spende unter dem Verwendungszweck „Lau sitzer Kohle“ an die GRÜNE LIGA Brandenburg, Kto. 2000 55 000, VR Bank Lau sitz e.G., BLZ 18062678

- René Schuster

## Landesweite Volksinitiative „Sozialticket für Brandenburg“ läuft noch bis zum 6. September

Gemeinsam mit dem DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, dem Landesbezirk Berlin-Brandenburg, dem Arbeitslosenverband Deutschland Landesverband Brandenburg e.V., der GRÜNEN LIGA Brandenburg e.V. und der WASG Brandenburg führt die Linkspartei Brandenburg eine Volksinitiative für ein Sozialticket in Brandenburg durch.

### Warum ein Sozialticket?

Ein Sozialticket in Brandenburg kann für viele Menschen Mobilität sichern und Ausgrenzung verhindern. Der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II enthält für den Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln im Nah- und Regionalbereich eine Regelleistung von 11,04 Euro. Zur Deckung der Mobilitätskosten reicht dieser Betrag bei weitem nicht aus. Im Flächenland Brandenburg sind aber öffentliche Mobilitätsbedingungen zur beruflichen Neuorientierung und zur Teilnahme am beruflichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben für viele Menschen lebensnotwendig. Deshalb fordern wir von der Brandenburger Landesregierung die Einführung eines Sozialtickets ab 2008. Durch die Linkspartei.PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg wurden die parlamentarischen Instrumente im Jahr 2006 ausgeschöpft. Die Fraktionen der SPD und CDU im Landtag haben die Vorschläge zum Sozialticket abgelehnt.

Nach offiziellen Berechnungen wären für ein Sozialticket in Brandenburg mindestens 5 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt bereit zu stellen. Dieser Betrag ist aus dem Haushalt des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung zu finanzieren. Die Linkspartei.PDS-Fraktion hat dafür die nötigen Finanzierungsvorschläge unterbreitet.

Die Länder Berlin und Brandenburg betreiben einen gemeinsamen Verkehrsverbund (VBB) mit einem einheitlichen Tarifsystem. In Berlin gibt es das Sozialticket seit längerem. Wir finden: Gerade beim Sozialticket sollte es keine Unterschiede geben. Die Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg ist deshalb überfällig.

### Angebotsbedingungen:

Das Ticket soll für eine Gebietskörperschaft (Landkreis oder

kreisfreie Stadt) gelten. Eine Gültigkeit nach Waben im VBB-Tarifsystem ist nicht vorgesehen. Ticketberechtigt sollen die Menschen sein, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld (SGB II), Grundsicherung im Alter oder Sozialhilfe (SGB XII) beziehen bzw. deren Bedarfsgemeinschaften sowie Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Das Sozialticket gilt damit auch für Erwerbstätige, die ergänzend Arbeitslosengeld II beziehen.

Der Preis des Sozialtickets soll 50% der jeweiligen VBB-Umweltkarte betragen und als gleitende Monatskarte erhältlich sein. Das Sozialticket ist nicht übertragbar. Die Mitnahme weiterer Personen auf das Sozialticket ist nicht möglich.

Das Sozialticket soll in allen Landkreisen und kreisfreien Städten zu gleichen Bedingungen angeboten werden. Bestehende kommunale Angebote werden durch das Sozialticket nicht berührt und sollen weiterhin gelten.

### Preisbeispiele in Euro:

VBB-Umweltkarte Normalpreis	Preis Sozialticket
Brandenburg (Havel) (AB oder BC) 35,00	17,50
Potsdam (AB) 34,00	17,00
Orte mit Stadtlinienverkehr 21,50 bis 28,00	10,75 bis 14,00
1 Landkreis 76,00	38,00

### Wie kann die Volksinitiative unterstützt werden?

Unterschreiben Sie!

Für den Erfolg der Volksinitiative werden mindestens 20.000 Unterschriften von Brandenburger Bürgerinnen und Bürgern benötigt.

**Bitte folgende Hinweise beachten:** Unleserliche oder unvollständige Eintragungen sind ungültig. Dieses gilt ferner für Eintragungen, die einen Vorbehalt enthalten oder nicht rechtzeitig erfolgt sind. Alle Eintragungen sind persönlich vorzunehmen. Die Unterzeichner der Volksinitiative müssen das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben und ihren ständigen Wohnsitz in Brandenburg haben. Auch Bürger der Europäischen Union (EU) und Staatsangehörige eines Staates, der nicht Mitglied der EU ist, können sich an Volksinitiativen beteiligen, wenn sie im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis bzw. Aufenthaltsgenehmigung sind und die vorstehend genannten Voraussetzungen erfüllen.

Die Linke.PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg

Anita Tack, verkehrspolitische Sprecherin und Präsidentin der Landesverkehrswacht

[anita.tack@lt-dielinke-fraktion.brandenburg.de](mailto:anita.tack@lt-dielinke-fraktion.brandenburg.de),

Tel.: 0331-966-1510 oder [Eva Krüger, Referentin für Verkehrspolitik](mailto:Eva.Krueger.Referentin.fuer.Verkehrspolitik@lt-dielinke-fraktion.brandenburg.de)

[eva.krueger@lt-dielinke-fraktion.brandenburg.de](mailto:eva.krueger@lt-dielinke-fraktion.brandenburg.de),

Tel.: 0331-966-1515

- Maria Strauß

## Neokubistische Rotbauchunke wurde verlost

Die Würfel sind gefallen, die Unke ist verlost! Einer der Höhepunkte auf dem diesjährigen Umweltfestival war die Ziehung des Gewinners des „Selbstbildnisses als Neokubistische Rotbauchunke“ von Matthias Koepfel. Freuen kann sich Rainer Jehle aus Berlin-Schöneberg, dessen Los von Matilde (12), der Tochter des Malers aus dem Kreis der mehr als 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gezogen wurde. Willkommen im Kreis der Unken! Insgesamt sind 827,- Euro bei der Aktion zusammengekommen. Bei allen die teilgenommen haben, bedanken wir uns herzlich für dieses Engagement und erwarten zu sammeln, dass die Heimat der Unken weiterhin in die Teiche von Lacoma sein werden! Herzliche Grüße und mille grazie!

- Rolf Brüning

## G8 Gipfeltreffen in Heiligendamm – Nachlese



Die weißen Fassaden Heiligendamm sind in der Ferne – nur zu erreichen unter Lebensgefahr?

Heiligendamm ist Geschichte, welche Lehren müssen gezogen werden? Was infolge umfangreicher, allerdings oft übertriebener Medienberichten bleibt, sind die Bilder von Jagdszenen während der Demonstration am 2. Juni in Rostock zwischen uniformierten Ordnungshütern, sprich Polizei, und den zu meist jugendlichen „Gipfelstürmern“, also den Demonstranten. Ich war selbst am 8. Juni inmitten der „Sitz-Blockierer“ vor Heiligendamm und habere ein Bild machen können, was wirklich dort geschehen ist. Zu diesem Zeitpunkt war jedoch auf beiden Seiten bereits wohlthuende Normalität zu spüren. Trotzdem waren meine Eindrücke wiespältig: Auf der einen Seite gereizte Polizeieinheiten – euphorische und siegbewusste Demonstranten auf der anderen Seite. Immerhin hatten sie es geschafft, die gerichtlich verordnete Bannmeile um den „Hochsicherheitszaun“ vor Heiligendamm zu unterlaufen. Aus den schlimmen Gewaltexzessen von Rostock müssen natürlich Lehren gezogen werden. Erfreulich, die Organisatoren der bunten Gruppen der Globalisierungsgegner hatten sich rechtzeitig eindrucksvoll zur Gewaltlosigkeit bekannt. Damit waren die Voraussetzungen gegeben, dass die drei kritischen Tage des eigentlichen G8-Treffens eingemeißelt friedlich verliefen.

Man muss allerdings die grundsätzliche Frage stellen, ob ein derartiges „Elefantentreffen“ der Mächtigsten dieser Welt notwendig und in dieser Dimension gerechtfertigt ist? Natürlich haben diese die Freiheit sich zu treffen, um über bestimmte Dinge zu beraten. Aber sollte der Rahmen dafür nicht bescheidener ausfallen? Die Beschlüsse der sogenannten „Großen Acht“ haben nur den zweifelhaften Wert von Absichtserklärungen, die von niemanden einklagbar sind. Was die sieben Männer und die eine einsame Frau in der Runde der G8 in ihrer Abschlusserklärung zum Klimaschutz zu verkünden hatten, war für viele enttäuschend, weil zu wenig! Immerhin, durch die weltweiten Protestaktionen wurde der amerikanische Präsident George W. Bush erst mal dazu gezwungen, den 4. UN-Klimabericht als wissenschaftliche Grundlage anzuerkennen und die Notwendigkeit rechtlich verbindlicher UN-Abkommen zu akzeptieren. Aber den geschriebenen Worten müssen nun recht bald greifbare Taten folgen.

Die Tür zu ernsthaften UN-Klimaverhandlungen scheint sich ein Stückchen geöffnet zu haben. Es bleibt zu hoffen, dass alle Staaten dieser Welt sie auch durchschreiten werden. Die Nagelprobe dafür wird im Dezember erfolgen, wenn auf der indonesischen Insel Bali die nächste UN-Klimakonferenz stattfinden wird.

### 10 Denkanstöße für den Klimaschutz

Der globale Klimawandel ist nach Einschätzung von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon die größte Herausforderung vor der die Menschheit jemals gestanden hat. Seitdem der 4. UN-Klimabericht mit seinen drei Teilen veröffentlicht wurde, sind die öffentlich geführten Debatten über diese Problematik geradezu explodiert. Was die meisten Menschen bisher nicht

glauben wollten, ist nun zur Gewissheit geworden: Wir sind im Klimawandel angekommen! Und wir Menschen haben das Dilemma selbst verursacht. Innerhalb von 15 bis 20 Jahren muss sich die Art und Weise, wie wir heute leben, weitgehend ändern. Wegen der Kürze der Zeit, die noch zur Verfügung steht, können wir nicht darauf warten, dass die Erfindung neuer technologischer Wunderwaffen uns aus der Klimakrise führen wird.

Nein, unser eigenes Handeln ist gefragt. Die Willigen müssen Vorbild für diejenigen sein, die jetzt noch beiseite stehen. Eine Kette beginnt stets am ersten Glied!

**Deshalb hat die Falkenberger Bürgerinitiative 10 Denkanstöße für den Klimaschutz formuliert:**

#### 1. Informieren, Erkennen und Handeln

Wer sich über die Hintergründe des globalen Klimawandels informiert, wird erkennen und begreifen. Und er wird dann auch bereits sein, zu handeln.

#### 2. Energie einsparen, wo es nur geht

Energiesparlampen statt herkömmlicher Glühlampen. Energieeffiziente Elektrogeräte nutzen, keine Stand-by-Funktionen. Wärmedämmte Gebäude und Häuser, moderne Heizungsanlagen, optimal heizen und lüften, erneuerbare Energien nutzen.

#### 3. Verantwortungsbewusst mit dem Auto fahren

Kraftstoffsparende Autos fahren, unnötige Fahrten vermeiden. Wenn möglich, bei Fernreisen die Eisenbahn benutzen, kurze Strecken mit dem Fahrrad oder zu Fuß bewältigen. Öffentliche Nahverkehrsmittel nutzen.

#### 4. Nicht in der Ferne Urlaub machen, sondern in der Nähe

Nicht Massentourismus in der Ferne, sondern naturnaher Urlaub in der engeren Heimat.

#### 5. Auf das Kaufverhalten kommt es an

Nicht weitgereiste Nahrungsmittel und Waren kaufen, sondern einheimische Produkte!

#### 6. Vegetarische statt tierische Nahrung

Wer viel Fleisch verzehrt, lebt nicht nur ungesund, er schädigt auch das Klima. Nahrungsmittel aus biologischem Anbau kaufen und essen!

#### 7. Nicht Bäume fällen, sondern Bäume pflanzen

Bäume und Wälder sind die Lungen unserer Erde. Wir brauchen sie, wenn wir die globale Erwärmung stoppen wollen.

#### 8. Menschen müssen sich engagieren

Wer Klimaschützer sein will, sollte in Verbände und Vereine eintreten, die sich für Natur-, Umwelt- und Klimaschutz einsetzen.

#### 9. Bei Wahlen sich richtig entscheiden

Nur Personen und Parteien wählen, welche dem Klimaschutz Priorität einräumen.

#### 10. Wer Klimaschützer sein will, muss für den Frieden eintreten

Kriege sind nicht nur menschenverachtend, sie schädigen auch das Klima. Die Forderung „Schwerter zu Pflugscharen“ ist heute dringlicher denn je!

- Dieter Lehmann



Sitzblockade an der Zufahrtsstraße von Börgerende, vor Heiligendamm

## Mäßigung und Verzicht

Es hat viele der deutschen Landsleute dieser Tage wie ein Schock getroffen: Preise rauf bei Butter und Milch, Käse gleich dazu. Mehr Moneten auch für Fleisch- und Wurstprodukte; Brot, Brötchen und Kleingebäck werden ebenfalls teurer. Wo führt das hin, wie soll das enden? Müssen wir alle nun unsere Gürtel enger schnallen? Vorbei die Tage der Völlerei, die Fettsucht des American way of life?

Die Begründungen für die irrwitzigen Bockpreissprünge bei Nahrungsmitteln lassen Abgründe erahnen. Man sagt uns, Milch und Getreide sei auf den Weltmärkten knapp geworden; die Energiepreise sind gestiegen. Nach Milchschwemme, Butter- und Getreidebergen nun also Knappheit. Von heute auf morgen, so einfach geht das. Ein Narr, der sich Böses dabei denkt!

Fest steht, der Hunger auf dieser, unserer einzigen Erde ist allgegenwärtig. Weit weg von hier sterben täglich zig-tausende Menschen an Hunger. Elende Tode werden dort gestorben. Kinder, Frauen, auch Männer. Wir hören davon, aber es ist weit weg von uns. Wird dagegen – die meisten jedenfalls – leben in Satttheit, manche sogar in Völlerei. Die Preise für Lebens- und Nahrungsmittel in Deutschland waren bis vor wenigen Tagen so gering, wie noch niemals zuvor. Doch die Erzeuger, die Bauern und die weiterverarbeitenden Betriebe, konnten von dem, was sie mit aufopferungsvoller harter Arbeit auf den Markt brachten, kaum noch leben. Nicht umsonst haben viele landwirtschaftliche Betriebe ernsthaft mit dem Gedankenspiel, die Milch in die Gasse fließen zu lassen. Die Allmacht der Billigdiscounter – egal welche klangvollen Namen sie auch tragen mögen – hat das Dilemma ausgelöst. Übrigens nicht nur bei Nahrungsmitteln!

Es stellen sich grundsätzliche Fragen, ob das gesellschaftliche System, in dem wir gegenwärtig leben, auf Dauer tragfähig ist.

Was die Preise für Lebensmittel betrifft, so wie es war, konnte es nicht weitergehen. Nun müssen wir Verbraucher für das, was wir in unsere Mägen füllen, deutlich mehr Geld bezahlen. Gut, wir werden das akzeptieren müssen. Aber wohin fließen die neu entstehenden Geldgewinnströme? Das Wenigste davon wird bei denjenigen landen, die mit ihrer Hände Arbeit alles das herstellen, was wir uns täglich einverleiben. Andere werden den Rahm abschöpfen, nämlich die an den Quellen der Geldströme Sitzenden. Werschon viel hat, will immer mehr – ein Grundübel menschlicher Moralität! Es gibt eine andere Seite dieser fragwürdigen Preisentwicklung. Für einen größeren Teil der Deutschen wird es leicht sein, die gut gefüllten Geldbörsen ein wenig mehr als bisher zu strapazieren. Aber wie sieht es bei den anderen aus, die jetzt schon bei jedem Cent abwägen müssen, ob sie ihn hergeben? Diejenigen, die ohne Arbeit sind. Andere, die von ihrer oft harten Arbeit kaum leben können. Geringverdiener, Mindestrentner. Die Amen der Amen! Denn mitten durch das vermeintlich so reiche Deutschland hat sich ein tiefer Abgrund geöffnet, der immer breiter und tiefer wird. Wer das nicht glauben mag, der lese den periodisch herausgegebenen Amtsbericht der Bundesregierung.

Eigentlich wäre es in unserem imaginären Schlaraffenland ein Leichtes, die Ströme der Milch und anderer köstlicher Dinge der Leibeslust in Strömen fließen zu lassen. Wir haben genügend fruchtbares Land, zum Glück ausreichend Wasser und eine mildtätige Sonne dazu, um alle Menschen hierzulande zu sättigen. Aber auf unseren Fluren und Feldern werden Dinge angebaut, die für eine ganz andere Verwendung gedacht sind. Raps, ja sogar Weizen und Roggen, werden zu sogenannten Biokraftstoffen verwandelt. Fürs Autofahren also – eine Lust, die verderblich ist. Statt weniger zu fahren, Biosprit in die Tanks. Das beruhigt ungemein, aber es ist zu kurz gedacht. Holzplantagen entstehen zur Wärmegewinnung. Hintergrund all dessen: Der Klimawandel! Er hat bereits begonnen, und er wird in den nächsten Jahrzehnten bestimmen, was mit uns Menschen geschieht.

Wir müssen neu nachdenken, andere Wege gehen: Mäßigung und Verzicht! Und dies möglichst in Friedfertigkeit.

– Dieter Lehmann-Falkenberg

## BI „Wald“ beim Landtagspräsidenten

Vertreter der Bürgerinitiative (BI) „Brandenburger Wald“ sind am 10. September zu einem Vorgespräch beim Präsidenten des Brandenburger Landtags, Günter Fritsch, eingeladen. Es geht um die Übergabe der Unterschriftenlisten, die zu einem späteren Zeitpunkt und öffentlichkeitswirksam erfolgen soll.

Die BI hat aus Sorge um den Zustand und die Zukunft des Waldes gut ein Jahr lang Unterschriften gesammelt, um ein Anhörungsrecht im Landtag erwirken zu können. 23.000 Namen stehen auf den Listen, darunter auch viele, die formal leider nicht gezählt werden können, weil ihre Träger keine Brandenburger sind. Sie kennen aber den Brandenburger Wald, weil sie hier Urlaub gemacht haben. Und sie sind wegen des massiven Holzeinschlages und seinen Hinterlassenschaften ebenso in Sorge wie die hiesigen Waldfreunde. Leute aus Bayern, aus dem Odenwald, Hamburg, ja sogar ein indianischstämmiger Amerikaner, der im Schlaubetal war, unterstützen mit ihrer Unterschrift die Brandenburger BI. Deren Sprecher, Uwe Kittler aus Steinförde, ist von der deutschlandweiten Resonanz sehr beeindruckt, beweist sie doch, dass das Thema Wald kein regionales ist. Dennoch: Für das Anhörungsrecht zählen nur Unterschriften von Menschen, die in Brandenburg ihren Hauptwohnsitz haben. „Da fehlen uns noch 500. Bis Anfang September sollen sie aber zusammengekommen sein“, erinnert Uwe Kittler die BI-Mitglieder, die an den verschiedenen Orten Unterschriften sammeln, an den Rückfluss. Bis zum Termin bei Günter Fritsch müssen die Listen jedenfalls komplett sein. Uwe Kittler glaubt, dass die forstpolitische Diskussion in Paaren/Glien und die Aktivitäten der BI schon allein und bewirkt haben. Denn im September soll über die „Reform der Forstreform“ noch mal in Potsdam diskutiert werden. Auch unter Einbeziehung des Landtages. Ursprünglich hatte das Kabinett ja beschlossen, den Bereich Holzwirtschaft der Landesforstverwaltung in eine Anstalt des öffentlichen Rechts umzuwandeln. „Unsere Forstexperten in der BI, wie Siegfried Anders, Paul Hausenschild und andere, haben einen Gegenentwurf zur Reform erarbeitet. Den wollen wir Günter Fritsch vorstellen. Wir sind schließlich nicht nur Meckerer, sondern machen auch fundierte Vorschläge“, sagt Uwe Kittler. Er hofft, dass das Kabinett und vor allem das Forstministerium ein bisschen kalte Füße bekommen haben und ihre Pläne zum indest überdenken. Dazu gehört seiner Meinung nach die stärkere Einbeziehung der Aspekte „Klimaschutz“ und „Tourismus“ in die Forstpolitik. Eine Region wie das Fürstenberger Seenland setzt auf den Tourismus und braucht gästefreundliche Wälder: „Bei der jüngsten Wanderung mit Oberforstmeister a.D. Hans-Jürgen Dünnbier ist es uns mal wieder vor Augen geführt worden: Es gibt viel zu wenige Bänke und andere Rastplätze. Besonders schöne Ausblicke beispielsweise auf Seen sollten auch als solche erkennbar, nämlich freigeschnitten, sein. Es gäbe unendlich viel zu tun, damit die Erholungsfunktion des Waldes nicht immer mehr gegenüber dem Nutzwert verlieren“, meint Uwe Kittler.

– Anke Dworek/MAZ

Liebe Libell-Leser, bitte sendet den beiliegenden Unterschriftenbogen für die Volksinitiative „Brandenburger Wald“ ausgefüllt an Uwe Kittler, Steinerne Furt 9b in 16798 Fürstenberg/Havel zurück. Bis zum 9. September sollten die letzten Listen dort sein.

– Norbert Wilke

## Öko-Honig im Haus der Natur

Ab sofort kann im Büro der GRÜNEN LIGA Brandenburg, im Haus der Natur in der Lindenstraße 34, Honig aus ökologischen Anbau erworben werden. Der Honig ist in verschiedenen Trachten, wie Moh n-Kornblume, Ahorn-Löwenzahn, Lindenblüte, Sommertracht oder Raps, vorrätig. Der Honig ist kalt geschleudert und wurde ohne Anwendung von Chemie produziert. Zuckerzufütterung erfolgte nicht. Das Glas (500 g) kostet 3,50 Euro. Weiterhin können Honigkerzen oder Honigfiguren für 2,50 Euro erworben werden. Der Honig stammt aus dem Oberhavelkreis in Nordbrandenburg.

– Norbert Wilke

## Barfußpfad in Dannenwalde eröffnet

Barfußpfad in Dannenwalde bei Gransee: Gehen und Denken!

Seit Juni hat der wald- und seenreiche Norden Brandenburgs mit dem Barfußpfad Dannenwalde (Gransee) eine neue Attraktion für natursuchende und gesundheitsbewusste Menschen, für Familienausflüge, Klassenfahrten, etc. Der mit Informationen über Umwelt-, Gesundheitsthemen und über touristische Angebote der Region ausgestattete Barfußpfad ist in Deutschland einmalig. Darüber hinaus ist er der erste Barfußpfad mit einem Bahnschluss, der z.B. vom Berliner Hauptbahnhof in weniger als einer Stunde und damit in der Regel schneller als mit dem Auto erreichbar ist. Der Barfußpfad befindet sich im Landkreis Oberhavel und im Tourismusgebiet Ruppiner Land und erist das Eingangstor zu den Naturparks Uckermarkische Seen und Stechlin-Ruppiner Land. Die Anreisenden mit der Bahn werden gleich auf dem unter Denkmalschutz gestellten Bahnhofsvorplatz von einem überdimensionierten Eisenbahner aus Holz und mit Informationen über die Naturparks begrüßt. Aber auch die Anreisenden mit dem Fahrrad und die Skater auf dem Radweg Berlin-Kopenhagen, die Wanderer auf dem Ruppiner-Land-Rundwanderweg (Europäischer Fernwanderweg E10), die Läufer im Lau Park Stechlin und die Auto- und Motorradfahrer auf der Bundesstraße B96 werden direkt angesprochen und zu einer Fußgymnastik mit Hintergrundinformationen ermuntert. Die angebotenen verschiedene Bodenbeläge für das Barfußgehen sind zu sätzlich thematisch eingebunden und sollen zum Mit- und Weiterdenken anregen. Wer z.B. auf Baumstämmen balancieren möchte, wird darüber informiert, dass das Gelände früher ein Holzlagerplatz war. In einer Kurzinformation über die Bedeutung der Forstwirtschaft in Nordbrandenburg wird auf das Forstmuseum im nahegelegenen Fürstenberg/Havel hingewiesen. Auf dem Weg „Vom Ton zum Ziegel“ wird darüber informiert, dass diese Region einmal das größte zusammenhängende Ziegeleigebiet in Europa war und weiteres im Ziegeleipark Mildenberg zu erfahren ist. In einem Denkmal für die fünf Sinne wird vermittelt, dass sich unsere Sinne in der Naturschärfen und sensibilisieren lassen. Weitere Themen sind z.B. die Fußabdrücke von Menschen und Tieren, Gehen und Gesundheit, Wandern, Reisen mit der Bahn usw. (Informationen: [www.barfuesspfad-dannenwalde.de](http://www.barfuesspfad-dannenwalde.de)).

Die Benutzung des Barfußpfades ist kostenlos und jederzeit möglich. Das Gemeinschaftsprojekt der Stadt Gransee, des Amtes Gransee und Gemeinden und des USS e.V. Fachverband Fußverkehr Deutschland wurde durch eine Zuwendung des Landesamtes für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung mit Mitteln des europäischen Förderprogrammes LEADER+, durch die tatkräftige Umsetzung im Rahmen verschiedener Qualifizierungsmaßnahmen und durch die Unterstützung zahlreicher Kooperationspartner ermöglicht.

- Stefan Lieb/FUSS e.V.- Pressesprecher

## Verschwindet die Landschaft?

Die in diesem Band gesammelten Beiträge beschäftigen sich mit sehr verschiedenen Facetten des Verschwindens des Landlebens in Österreich. In Interviews werden dazu die unterschiedlichen Ansichten von einem wissenschaftlichen Berater der Alpenschutzkommission, einer Ethnologin, einem Experten aus der Tourismusforschung, einem Schriftsteller, einem Filmemacher und einem Politiker vorgestellt.

Die Interviews werden aufgelockert durch Texte, die weitere Aspekte von der Veränderung der Wahrnehmung des ländlichen und städtischen Lebens thematisieren. Darin werden Lösungsansätze zur Rettung der alten ländlichen Traditionen gesucht, so über neuere Bewegungen wie Slow Food bis hin zu SEKEM - einer Vision von einem Biodorf in Ägypten.

Fazit: Das Land muss sich neu identifizieren, um zu überleben, um die Abwanderung in die Städte zu stoppen. Denn mit dem Land sterben Traditionen und die Alpen werden verschwinden, so wie wir sie kennen und lieben. Also keine gegenseitigen Schuldzuweisungen von Stadt und Land mehr, sondern ein Recht auf Genuss und eine neue Zukunft für unsere Landwirtschaft, dafür plädieren die Autoren.

Auch in Deutschland kann man von den Erfahrungen in Österreich profitieren, da auch hier ganze Landstriche von der Bevölkerung bedroht sind. Dass die Umsetzung nicht so einfach ist, zeigt der Herausgeber, der an der Erfüllung seiner Träume scheiterte.

Hermann Maier (Hg.): Verschwindet das Land?, Studien Verlag, 2006, ISBN 3-7065-4168-8

- Urte Grauwinkel, Ökolöwe, Projekt Ökovermarktung

## 105. Protestwanderung in Neuglobsow

Am 17. Juni war es soweit, zum ersten Mal fand eine Protestwanderung der FREIEN HEIDE im Landkreis Oberhavel statt. Eigentlich müsste man sich fragen, warum erst jetzt? Viele Einwohner aus dem Oberhavelkreis haben die Proteste der BI seit ihrer Gründung unterstützt. In den letzten Jahren nahm der Protest aber auch im Oberhavelkreis immer mehr zu, im Nordkreis wurden Unterschriften – meist von Urlaubern – gegen das Bombodrom gesammelt. Mehr als 500 Menschen nahmen am Demonstrationzug durch den Ort teil, der sich nach der obligatorischen geistigen Besinnung in der Dorfkirche gebildet hatte. Die erste Station war das zu enthüllende Protestschild am Ortseingang. Dann konnte der Ortsbürgermeister Rainer Böttcher das 97. Protestschild, welches das erste im Oberhavelkreis ist, enthüllen. Infrastrukturminister Reinhold Dellmann betonte bei seiner Rede, dass er glaube, dass die vor dem Verwaltungsgericht Potsdam anhängigen drei Musterklagen positiv für die Bombodrom gegengerichtet werden. So kam es dann auch, am 31. Juli entschied das Gericht im Sinne der Gemeinde Lärz in Mecklenburg, eines Hoteliers und eines Putzfarmbesitzers, die beklagt hatten, unmittelbar von dem Fluglärm betroffen zu sein. Das Gericht entschied aufgrund eines Lärmgutachtens der Bundeswehr, welches im Vergleich zu früheren Angaben deutlich höhere Lärmwerte enthielt und bemängelte die mangelhafte Kommunikation der Amee mit den betroffenen Bürgern. Ein schöner Erfolg für die Bürgerinitiative welche am 25. August in Gadow bereits ihren 15. Jahrestag feiern konnte. Bis zu einer endgültigen Entscheidung über die Zukunft der Heide gehen die Protestwanderungen natürlich weiter: Am 7. Oktober findet im mecklenburgischen Bollwick um 14.00 die Drachendemo der BI Freier Himmel statt. Am 28. Oktober gibt es die 106. Protestwanderung in Flecken Zechlin. Beginn ist wie immer um 14.00 in der Dorfkirche.

- Norbert Wilke



## Grüner Sommer 2007 in Potsdam

### Die Parks und ihre Liebhaber, Preußen und wir!

Am Sonnabend, 22. September 2007, von 14.00 bis 20.00 Uhr  
im Haus der Natur, Lindenstr. 34,

### „Öffentliche Räume in urbanen Bereichen – Parkanlagen, Seeufer und Wälder“

Beginn: 14.00 Uhr, Begrüßung Pete Heuer, Die Linke  
Kurzfilm über Beschwerden und Barrieren beim Parkeintritt

14.30 Uhr bis 16.00 Uhr Kurzvorträge:  
Der Kampf um öffentlichen Räume am Beispiel Uferfreihaltung  
Regine Auster  
Rechte der Stiftung, Rechte der Bürger, Sonderrechte  
Falko Drescher/RA  
Berliner Erfahrungen und Ansprüche  
Wolfgang Brauer, Kulupolitischer Sprecher der Linken in Berlin

16.00 Uhr Talkrunde zum Motto  
Anita Tack, verkehrspolitische Sprecherin Fraktion Die Linke  
Brandenburg, Wolfgang Brauer, MdA Berlin, Vertreter Stiftung  
, Vertreter Bürgerinitiative „Babelsberger Park“

Moderation Gerlinde Krahnert

18.00 Uhr Stanley Kubricks Barry Lyndon  
Aufstieg und Fall eines Abenteurers im 18. Jahrhundert in  
verschwendarisches Leinwandepos, gedreht an Originalschauplätzen  
in Europa, von ätzender Satire – auch und gerade an Preußen.  
„Reinstes Kino. Seine melancholische Schönheit wird Sie umhauen.“  
Frank Rich, New York Post  
- Hans-Otto Träger

## Rentpoint belegt sechsten Platz im Agenda 21 Wettbewerb

Liebe Freunde der Mittleren Havel,

HURRA, HURRA, HURRA, der Förderverein Mittlere Havel e.V.  
hat mit dem Projekt „Kanu- und Radstation Rentpoint“ den 6.  
Platz im Agenda 21 Wettbewerb für nachhaltige Entwicklung in  
Potsdam-Mittelmark 2007 belegt!

Bitte weiter sagen!

Ander Mittlere Havel gibt's NATUR PUR mit Kanu und Rad und  
das jetzt auch für Gruppen in „Klassenstärke“. Für die Wassersportler  
stehen weitere Kanadier zur Verfügung, die wir vom Kulturrein  
Wust e.V. in „Pflege“ haben. Für die Radfahrer haben wir weiterhin  
10 Bikes in unserer Station.

Um rechtzeitig Anmeldung müssen wir dringend bitten, unsere  
Angebote werden gern genutzt. Thomas Schulz ist unter 0160  
3273532 für eine Reservierung zu erreichen.

rentpoint  
Kanu- und Radverleih  
Bergstraße 1  
14550 Groß Kreutz (Havel)  
OT Götz/Götzerberge  
0160 3273532

- Marina Donner  
2. Vorsitzende des Fördervereins

## 2. Sozialforum Deutschlands in Cottbus im Oktober

Kommen wir zusammen zum 2. Sozialforum in Deutschland,  
in Cottbus vom 18. bis 21. Oktober 2007. Seit wir uns erstmals zu  
einem Sozialforum in Deutschland getroffen haben (Erfurt, Juli  
2005) sind zum einen die politischen, sozialen, ökologischen und  
globalen Probleme weiter gewachsen: Kriege wurden neu begonnen  
und weiter geführt, Armut, soziale Spaltungen und politische  
Repression haben erneut drastisch zugenommen, vor Ort,  
in Deutschland, in der Europäischen Union, in Europa und in  
der Welt. Die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen schreitet  
weiter voran. Zu man anderen haben jene, die gegen diese  
Tatsachen und Tendenzen protestieren und nach Alternativen zu  
herrschenden neoliberalen Politik suchen, neue Erfahrungen in  
ihrem politischen Alltag und ihren Kämpfen gewonnen: Teilweise  
konnten Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen verhindert  
werden, waren Bürgerinnenbegehren und -entscheidungen  
erfolgreich, haben Streiks und Demonstrationen stattgefunden,  
wurde der ursprüngliche Entwurf einer Dienstleistungsrichtlinie  
im EU-Binnenmarkt gekippt, sind weitere WTO-Verhandlungen  
gescheitert, haben sich zahlreiche Menschen vielfältig in Politik  
eingemischt – für Frieden, Demokratie, sinnvolle Arbeit, soziale  
Sicherheit daher Solidarität, für zukunftsfähige Bildung, kul-  
turellen Reichtum intakte Natur. Für Fortschritte in gemeinsamem  
Handeln für ein anderes Deutschland und ein anderes Europa  
in einer anderen Welt sind die verschiedenen Sozialforen  
wichtig geworden – auf lokaler, regionaler, staatlicher, europäischer  
und globaler Ebene. Die Arbeitsgrundlage hat sich bewährt: Die  
Charta von Porto Alegre, die u. a. Mitglieder von Parteien zur  
Teilnahme einlädt, Parteien jedoch nicht. Wir sollten also wieder  
zusammen kommen, um das Gespräch über das Hier und Heute  
und über Wege in eine lebenswerte Zukunft zu führen, um  
Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen zu erneuern  
und neu zu knüpfen, um Freude im kulturellen Zusammensein  
zu erleben und um Verabredungen zu weiteren Vorhaben zu  
treffen. Cottbus ist dazu bestens geeignet: es liegt an Deutschlands  
Peripherie, aber im Herzen Europas: Wir freuen uns auf internationale  
Gäste, auch und insbesondere aus Polen, Tschechien und  
der Slowakei. Spenden für das 2. Sozialforum sind dringend  
erforderlich:

Friedens- und Zukunftswerkstatt, Frankfurter Sparkasse (BLZ  
500 502 01) Nr.: 200081292

Stichwort: „2. Sozialforum 2007“ „Spendenquittung“ falls  
erwünscht.

Konto:  
Frankfurter Sparkasse 1822 (BLZ 50050201) Nr.: 200081292

Initiative Sozialforum  
[www.sozialforum2007.de](http://www.sozialforum2007.de)  
Organisationsbüro Sozialforum  
c/o Gewerkschaft ver.di, Bezirk Cottbus  
Calauer Straße 70

## Erste Havelblüten gespendet

Marcus Reinhold alias Freizeitdienst "Reinhold" hat der  
GRÜNEN LIGA Brandenburg die ersten (30!) Havelblüten  
gespendet. Die GRÜNE LIGA hat als erster Umweltverein die  
Regionalwährung „Havelblüte“ als Zahlungsmittel akzeptiert.  
Havelblütenspenden sind für uns genauso wichtig wie „normale“  
Geldspenden, ermöglichen Sie uns doch auch Umweltprojekte  
in unserer Regionalwährung zu finanzieren.  
Marcus bietet u.a. Stadtführungen in Potsdam, heimatkundliche  
Diavorträge, Nachhilfenunterricht z.T. bis zur Oberstufe, Hilfe für  
Familien und pädagogische Einrichtungen an. Er akzeptiert bei  
allen Leistungen eine Bezahlung in Havelblüten bis zu 100%.  
Kontakt kann unter 0331-7480976 erfolgen.

- Norbert Wilke

# Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg stärkt den Artenschutz

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat den Artenschutz gestärkt. In einer Entscheidung, in der es um die geplanten Alleebäume auf der Kreisstraße 6005 zwischen Rüdnitz und Danewitz ging, hat das OVG die Beschwerde des Landkreises zurückgewiesen und den Naturschutzverbänden Grüne Liga Brandenburg und BUND Brandenburg Recht gegeben.

Worum ging es in diesem Verfahren?

Der Landkreis hatte vorgesehen, die Alleebäume auf dem Grundstück der K 6005 zwischen dem Knotenpunkt mit der L 29, Danewitz und Rüdnitz komplett zu fällen und dann eine neue Allee mit jungen Bäumen in größerem Abstand von der Straße zu errichten. In der vom Landkreis durchgeführten Beteiligung hatten die anerkannten Naturschutzverbände vorgetragen, dass in dem Verfahren auch der Artenschutz, insbesondere hinsichtlich der Vogelwelt, eine Rolle spielen würde. So wurde darauf hingewiesen, dass einige der Bäume Nistplätzen von geschützten Vogelarten seien.

Hieran schloss sich ein Streit über die Zuständigkeit der Behörde an. Denn das brandenburgische Naturschutzgesetz (BbgNatSchG) enthält in § 72 Abs. 6 eine Vorschrift, wonach das Landesumweltamt alleine über Befreiungen entscheidet, wenn es auch um artenschutzrechtliche Belange geht. Das Landesumweltamt hatte dies zu nächst auch so gesehen, deshalb das Verfahren an sich gezogen und die Befreiung abgelehnt. Auf entsprechendem Widerspruch des Landkreises knickte das Landesumweltamt dann ein und teilte mit, dass eine Befreiung nicht erforderlich sei. Begründet wurde dies durch das LUA wie folgt: „Vorliegend bedarf es trotz des Vorkommens besonders geschützter Vogelarten in der Allee keiner Befreiung nach § 62 BNatSchG, weil die Fällung der Alleebäume außerhalb der Brutperiode der festgestellten Vogelarten erfolgen soll und es sich um Arten handelt, deren Niststätten nicht ganzjährig geschützt sind.“

Dies ist der Kern des Streits, um den es in einem Gerichtsverfahren sowohl vor dem VG Frankfurt (Oder) als auch dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg ging.

Von der Gegenseite wurde vorgetragen, dass der Schutz der Niststätten für geschützte Vogelarten zeitlich begrenzt sei auf die Brutperiode. Allenfalls könnte man noch darüber nachdenken, diesen Schutz dann ganzjährig anzunehmen, wenn sichergestellt sei, dass die gleichen Vögel im nächsten Jahr wieder zum gleichen Nest zurückkehren würden.

Der Landkreis ließ jedoch vortragen, dass dies nicht der Fall sei. Zum einen gebe es eine solche strikte Nesttreue nur ganz selten. Zum zweiten würden die meisten Vögel nur zwei bis drei Jahre leben. Und zum dritten würden die meisten Nester im nächsten Jahr von anderen Vögeln, teilweise sogar von anderen Vogelarten genutzt. Eine solche Nachfolgenutzung unterliege jedoch nicht dem Schutz der Niststätten.

Hiergegen trugen die Naturschutzverbände vor, dass dies fachlich falsch sei, weil zahlreiche Vogelarten die Nester auch im nächsten Jahr wieder nutzen würden. Dabei komme es nicht darauf an, ob es tatsächlich die gleichen Vögel vom Vorjahr seien, sondern vielmehr darauf, ob die Nester für den Bruterfolg des nächsten Jahres eine entscheidende Rolle spielten. Dies sei fachlich nachzuweisen.

Somit gelte der Nistplatzschutz nicht nur für die gleichen Vögel oder die gleiche Vogelart, sondern auch für sog. Nachnutzer, die auf den Nestbau anderer Vögel im Vorjahr angewiesen seien, um erfolgreich zu brüten.

Das Verwaltungsgericht entschied hierzu in erster Instanz: „Entgegen der Auffassung des Antragsgegners (...) sind diese Niststätten nicht nur während der Brutzeit, sondern ganzjährig geschützt. Der Schutz von Niststätten entfällt nur dann außer-

halb der Brutzeit, wenn es sich um Habitate von Vogelarten handelt, die jede Brutzeit neue Nester bauen (vgl. BVerwG, Urteil vom 21.6.2006 – 9 A 28.05 –, juris); jährlich neu besetzte Nisthabitate verlieren demgegenüber ihren Schutz außerhalb der Brutzeit nicht (vgl. VG Potsdam, Beschluss vom 18.2.2002 – 4 L 648/01 –, NUR 2002, 567 ff. mit insoweit zustimmender Beschwerdeentscheidung des OVG Brandenburg vom 28.5.2002 – 3 B 61/02 –, NUR 2003, 177 ff.). Demgegenüber handelt es sich hier um Nisthabitate von Vogelarten – Blaumeise, Kohlmeise, Feldsperling, Star und Grauschnäpper –, die ausweislich der in den Verwaltungsvorgängen enthaltenen fachlichen Stellungnahmen des Landesumweltamtes vom 20.10.2006, die sich die Kammer zu eigen macht, eine große Nistplatz- und Reviertreue aufweisen.“

Der Landkreis war gegen diese Entscheidung in die Beschwerde zum OVG Berlin-Brandenburg gegangen. Er bezog sich u. a. auf ein Papier der Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz („Hinweise der LANA zur Anwendung des europäischen Artenschutzrechts bei der Zulassung von Vorhaben und bei Planungen“). Die LANA vertritt die Ansicht, dass der Verbotstatbestand aus Art. 12 Abs. 1 lit. d) FFH-RL (entspricht in etwa § 42 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG) erst dann verwirklicht ist, wenn die Vögel in der Nähe keine Ausweichmöglichkeiten finden.

Dieser Auffassung erteilte das OVG Berlin-Brandenburg eine klare Absage. So heißt in der Entscheidung zu den Nist-, Brut-, Wohn- oder Zufluchtstätten der besonders geschützten Arten, die in § 42 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG genannt sind:

„Diese Lebensstätten verlieren ihren Schutz nicht, wenn sie kurzzeitig oder vorübergehend nicht benutzt werden, weil sich die Bewohner auf Nahrungssuche oder im Winterquartier befinden, erwartungsgemäß aber die Lebensstätte wieder aufsuchen (...) Zum Begriff der Brutstätten in § 42 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG hat das BVerwG (Urteil vom 21.6.2006 – 9 A 2805 –, NVwZ 2006, 1168 (...)) entschieden, dass darunter nicht nur von Vögeln gerade besetzte, sondern auch regelmäßig benutzte Brutplätze zu verstehen sind, selbst wenn sie während der winterlichen Abwesenheit von Zugvögeln unbenutzt seien. Dem schließt sich der Senat für den Begriff der Niststätten an, für die nichts anderes geltend kann.“

## INFORMATIONSDIENST UMWELTRECHT – KONTAKTE

IDUR-Büro Niddastraße 74, 60829 Frankfurt Tel. 0 69-25 24 77, Fax 0 69-25 27 48 E-mail: IDURev@aol.com, www.idur.de	Baurecht, Naturschutzrecht, Bürgerbegehren, Windkraftanlagen Ulrike Wegner, Tel. 0 60 74-81 44 30, Fax 0 60 74-81 44 31, tagsüber
Immissionschutzrecht Dorothee Keller, Tel. 0 61 51-78 35 70 Fax 0 61 24-1 24 95, tagsüber	Abfallrecht, Baurecht, Nachbarrecht Bettina Schmidt, Tel. 0 69-23 20 71, Fax 0 69-23 20 90, tagsüber
Abbau von Bodenschätzen, Abfallrecht Dr. Britta Kolonka, Tel. 0 61 01-40 35 23, Fax 0 61 01-40 35 21, E-mail: uc.bk@t-online.de	Verkehrsplanung, Altlasten und Bodenschutz, Europarecht (UIG, UVP, Audit) Felix Eckardt, Tel. 03 41-4 80 17 83, Fax 03 41-4 80 17 83, tagsüber/abends
Naturschutzrecht, Gentechnikrecht, Immissionschutzrecht Dirk Teßmer, Tel. 0 69-23 20 71, Fax 0 69-23 20 90	Verkehrsplanungen (insb. Straßenbau, Umweltinformationsrecht) Ursula Philipp-Geisach, Tel. 0 60 26-99 45 87 Fax 0 60 26-99 45 88, Dienstag/ Donnerstag
Wasserrecht, Immissionschutz, Umweltinformationsrecht Dr. Thomas Ormond, Spohrstraße 10 60318 Frankfurt, Tel. 0 69-55 79 15, Fax 0 69-59 79 15 88 vorher anrufen E-mail: ormond@vff.uni-frankfurt.de	Eisenbahnplanung, Baurecht, Naturschutzrecht Martin Stichel, Hauptstraße 33, 63589 Linsengericht-Eidengessäß Fax 0 60 51-97 91 42, nur schriftlich

Zu den LANA-Hinweisen führt das OVG aus: „Soweit dem in diesem Schreiben wie auch in den vom Antragsgegner zitierten Hinweisen der Länderarbeitsgemeinschaft für Naturschutz – LANA – zur Anwendung des europäischen Artenschutzrechts bei der Zulassung von Vorhaben und Planungen konstatierten Handlungsbedarf jedoch durch eine restriktive Auslegung bzw. eine „art-spezifische Untersetzung“ (Schreiben des MLUV vom 7.11.2006) der Begriffe der Brut-, Nist-, Wohn- und Zufluchtstätten entsprochen werden soll, dürften Wortlaut und Zweck der in § 42 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG geregelten Zugriffsverbote dem Grenzen setzen. So vermag der Senat nicht, der vom Antragsgegner im Anschluss an die LANAHinweise vertretenen Auffassung zu folgen, die „Lebensstätten“ i.S.v. Art. § 42 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG umfassten in räumlicher Hinsicht das lokale Vorkommen einer Art und seien erst dann tatbestandsmäßig betroffen, wenn ihre Funktion für den lokalen Bestand nicht mehr aufrecht erhalten werden könne. Einer derart einschränkende Auslegung dürfte der Schutzzweck der Zugriffsverbote entgegen stehen. So kann beispielsweise auch hinsichtlich des Verbots, wild lebende Tiere der besonders geschützten Arten zu töten, nicht ernstlich zweifelhaft sein, dass dies im Interesse eines effektiven Artenschutzes individuenbezogen zu verstehen und nicht erst verwirklicht ist, wenn der Bestand einer lokalen Population gefährdet wird (vgl. auch BVerwG, Urteil vom 16. März 2006, a.a.O., Rn. 563 zu Art. 5 a und b VRL). Letzteres würde im Übrigen zu Abgrenzungsschwierigkeiten führen. Soweit der Antragsgegner geltend macht, das Bundesverwaltungsgericht habe in seinem Urteil vom 21. Juni 2006 (a.a.O.) § 42 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG als erfüllt angesehen, wenn ein ganzes Brutrevier, in dem sich regelmäßig benutzte Brutplätze befinden, vollständig beseitigt werde, lässt er unerwähnt, dass das Bundesverwaltungsgericht dieser Subsumtion den Begriff „jedenfalls“ vorangestellt hat, nachdem in dem zu entscheidenden Fall wegen der festgestellten völligen Baufeldbefreiung von der vollständigen Beseitigung des Brutreviers auszugehen war. Dies besagt jedoch nicht, dass das Bundesverwaltungsgericht die singuläre Zerstörung von Brut- oder Niststätten etwa nicht als nach § 42 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG verboten ansehen wollte. Im Übrigen unterscheidet das Bundesverwaltungsgericht in der zitierten Entscheidung gerade zwischen (ihrer Wortbedeutung nach räumlich ausgedehnten) Brutrevieren und den darin befindlichen einzelnen Brutplätzen, die es mit dem in § 42 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG gebrauchten Begriff der Brutstätten gleichsetzt. Dass § 42 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG nur die dort ausdrücklich aufgeführten Nist-, Brut-, Wohn- und Zufluchtstätten und nicht auch sämtliche anderen Lebensstätten der besonders geschützten Arten oder gar allgemein Lebensräume schützt, hat das Bundesverwaltungsgericht gleichfalls klargestellt (a.a.O., Rn. 37, sowie Urteil vom 11. Januar 2001 - 4 C 6/00 -, BVerwGE 112, 321, zitiert nach Juris, dort Rn. 15). Zwar wird in der Literatur (Gellermann in Landmann/Rohmer, Umweltrecht, § 42 BNatSchG, Rn. 7) vertreten, dass die Nist- und Brutstätten, die der Fortpflanzung dienen, in räumlicher Hinsicht nicht nur das einzelne Nest oder die einzelne Baumhöhle, sondern den gesamten Nist- oder Brutbereich einer Art umfassen. Damit wird jedoch keine Einschränkung des Verbotstatbestandes, sondern vielmehr eine Erweiterung durch Einbeziehung des räumlichen Umfeldes des eigentlichen Brutgeschehens angestrebt, das gegebenenfalls ebenfalls geschützt werden soll, soll die Reproduktion gelingen. Entgegen der Auffassung des Antragsgegners kann es auch nicht darauf ankommen, ob Niststätten von ein und demselben Brutpaar jedes Jahr aufs Neue genutzt werden oder ob die betreffenden Vögel lediglich einem bestimmten Brutrevier treu bleiben. Durch § 42 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG geschützt ist die konkrete Niststätte, solange sie ihre Funktion zur Erhaltung besonders geschützter Arten nicht verloren hat. Das ist nach den Darlegungen in dem bereits zitierten ornithologischen Fachbeitrag zum Landschaftspflegerischen Begleitplan im Gegensatz zu den regelmäßig nur für eine Brutzeit genutzten Nestern der Freibrüter bei den zu Nistzwecken genutzten Baumhöhlen, -nischen und

halbhöhlen der Fall. Dabei ist für die Erfüllung des Schutzzwecks der Norm nicht entscheidend, ob die konkrete Niststätte in einer nachfolgenden Brutzeit von demselben Brutpaar, einem anderen Brutpaar derselben Vogelart oder von einer anderen besonders geschützten Vogelart genutzt wird. Ebenso wenig kann insoweit erheblich sein, ob die hier in Rede stehenden Vogelarten, wie der Antragsgegner vorträgt, nur eine kurze Lebensdauer von ca. 2 Jahren haben.

Schließlich stünde es der Erfüllung des Tatbestandes des § 42 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG nicht entgegen, wenn, wie der Antragsgegner ebenfalls geltend macht, in der Nachbarschaft der der Unruhe der Straße und dem Wind ausgesetzten sowie eine vergleichsweise geringe Deckung vor Raubtieren bietenden Alleebäume gut geeignete Bestände an Bruthabitaten existierten, die von den relativ wenigen „Bewohnern“ der Allee bei Fällung der Bäume alternativ genutzt werden könnten. Derartige Erwägungen sind der Entscheidung über eine artenschutzrechtliche Befreiung vorzubehalten.“

Man kann zusammenfassen: Das Engagement der Verbände gegen die Alleebaumfällungen hat sich nicht nur deshalb gelohnt, weil die alten Alleebäume stehen bleiben. Die Entscheidung ist auch eine – aus Naturschutzsicht sehr erfreuliche – Klarstellung strittiger Fragen im Artenschutzrecht. Der direkte, also gebiets- und unabhängige Artenschutz wird künftig eine große Rolle spielen. Dabei geht es nicht nur um Vögel, sondern auch um andere geschützte Tier- und Pflanzenarten.

- RA Peter Kremer  
(www.peter-kremer.de)

## Ideenworkshop in Potsdam

Wir laden Euch am 15. September zu einer Fahrt nach Berlin und Potsdam und zu einem gegenseitigen Kennenlernen zwischen Lausitzer Basis und den überregional Tätigen ein, um unsere Zukunft als Umweltverband zu diskutieren. Gerne könnt Ihr diese Einladung auch anderen Interessenten weiterleiten. Unser Umweltverband steckt in einer schwierigen Situation. Die beabsichtigte weitere Kürzung der Mittel durch das Land stellt uns in absehbarer Zeit vor völlig neue Herausforderungen. Der Verband wird sich also so oder so verändern müssen, um eine Zukunft zu haben. In dieser Not kann aber auch eine Chance liegen, neuen Schwung in die Brandenburger Umweltbewegung zu bringen. Denn in der aktuellen gesellschaftlichen Situation werden Umweltverbände ganz offensichtlich gebraucht. Einfach nur mit der Landesförderung immer weiter schrumpfen ist das sicher keine Lösung. Zu mal die GRÜNE LIGA in den letzten Monaten wichtige Impulse für die gesellschaftliche Diskussion gegeben hat, die sicher auch künftig gebraucht werden. Darüber müssen wir ins Gespräch kommen und die Schwerpunkte unserer künftigen Arbeit offen und kritisch diskutieren. Von wenigen Stunden Landesmitgliederversammlung im November kann man da meiner Meinung nach nicht den ganzen Diskussionsprozess samt eines konstruktiven Ergebnisses erwarten. Deshalb mache ich folgenden Vorschlag: Am Sonnabend, den 15.9. sollten sich einige Lausitzer mit einigen Potsdamern mal gemeinsam Gedanken über die Zukunft machen. Und wegen der unterschiedlichen Vorkenntnisse in zwei Schritten: Exkursion in die Liga-„Hauptquartiere“ von Berlin (Prenzlauer Allee 230) und Brandenburg (Haus der Natur, Potsdam). Wie arbeitet und funktioniert die GRÜNE LIGA in Berlin, wie in Potsdam? Für Eure Fragen stehen jeweils die Landesgeschäftsführer zur Verfügung und dann gemütlicher Diskussteil in breiter Runde (Altgediente und Anfänger, Lausitzer und Hauptstädter) zu Fragen wie: Wieviele verschiedene Umweltverbände braucht Brandenburg? Was kann die GRÜNE LIGA besser als andere? Was erwarten die Gruppen an der Basis von ihrem Landesverband? Welche Aktionen des Landesverbandes waren bisher der Basis besonders wichtig und umgekehrt? Dafür sollten wir uns Zeit nehmen, bevor wir uns fragen: Wie sollten wir weitermachen? Ich hoffe, es findet sich eine diskussionsfreundliche Truppe zusammen. Meldet Euch bitte schnellstmöglich (Landesgeschäftsstelle Tel. 0331-2015520) zu rück.

- René Schuster

**Dr. Andreas Steiner,**

ist seit dem 21. September 2006 aktives Mitglied der GRÜNEN LIGA Brandenburg. Seinerzeit führte ihn der Kampf um den Erhalt der alten Ahorn-Lindenallee von Rüdnitz nach Danewitz im Landkreis Barmim zu unserem Verein. „Die GRÜNE LIGA hat sich spontan und als einziger Naturschutzverband für die besagte Allee stark gemacht. Dies wollte ich mit meinem Beitritt würdigen“ so Andreas. Einzige Bedingung für den bevorstehenden Rechtsstreit – die notwendigen Gelder mussten durch Spenden zusammenkommen. Nach anfänglichem Zögern kam dann auch der BUND zu Hilfe und dem Klagebündnis stand nichts mehr im Wege. Der BUND war es auch in den Andreas mit 14 Jahren eintrat und seine Umweltschutzarbeit begann, damals noch in der Ortsgruppe Motho die noch als BNU gegründet wurde. Die ehrenamtliche Arbeit bestand aus den typischen Naturschutzaktivitäten wie z.B. Kleingewässersanierung, Fledermaus- und Vogelschutz (Anbringen von Nistkästen), Kopfweiden schneiden, Heckenpflanzungen und Biotopkartierungen für Landschaftsplanungen. Mitte der achtziger Jahre hatte sich der BUND etabliert: „Mir wurden diese Organisationen zu abgehoben, ich habe mich in diesen bürokratischen Strukturen als Mitglied nicht mehr vertreten gefühlt. Die ehrenamtliche Arbeit im BUND-Ortsverein habe ich fortgesetzt, soweit es mir zeitlich möglich war“ so Andreas zur damaligen Situation.

Von 1988 bis 1995 studierte er erfolgreich an der Universität Trier die Fachrichtung Angewandte Physische Geographie/Geowissenschaften mit dem Schwerpunkt Geobotanik und Bodenkunde und schaffte den Abschluss als Diplom-Geograph. Anschließend nahm Andreas eine Anstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Verbundprojekt „Waldökosystemforschung Eberswalde“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) am Lehrstuhl für Bodenschutz und Reaktivierung an der TU Cottbus an. Im Jahr 1999 wechselte er in das BMBF-Verbundprojekt „Waldumbau“ der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft Eberswalde. Drei Jahre später begann Andreas mit der Erarbeitung seiner Doktorarbeit zu dem Thema: „Strukturanalyse und biogeochemische Prozessaufklärung am Beispiel zweier unterschiedlich depositionsbelasteter Kiefernforstökosysteme des nordostdeutschen Tieflandes“. Im Jahr 2006 konnte die Arbeit erfolgreich mit der Promotion zum Dr. rer. nat. an der BTU Cottbus beendet werden.

Seit 2004 ist Andreas Mitglied der SPD und arbeitet als sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Landwirtschaft, Umweltschutz und Abfallwirtschaft (A5) des Kreistages Barmim mit. Zudem ist er im Vorstand einer Bürgerinitiative für eine gesunde Umwelt – Schorfheide e.V. – die gegen die Errichtung einer Sondermüllanlage in Eberswalde kämpft. Die Arbeit im sozialen und ökologischen Bereich sind ihm besonders ans Herz gewachsen. So ist Andreas Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA Barmim). Als Sozialdemokrat ist er Mitinitiator der momentan laufenden Volksinitiative für ein Sozialticket (siehe Seite 3) in Brandenburg und auch Vertreter für die GRÜNE LIGA in diesem Gremium. Leider ist man als Ökologe in der SPD mittlerweile auf verlorenem Posten, kämpft man doch ständig gegen seine Parteifreunde in höheren Positionen. So ist es auch nicht verwunderlich, dass man Andreas nach seinem erfolgreichen Wirken für den Alleenschutz parteiintern maßregelte. Seine Aussage auf einer Internetseite: „Der Umgang mit dem Ausbau der K 6005 sowie mit der Allee Rüdnitz-Danewitz-L29 lässt für mich den Schluss zu, dass die politische Nachwendeklasse im Kreistag bis auf wenige Ausnahmen ausgedient hat. Diesbezüglich muss eine neue Generation aufrechter und unabhängiger Entscheidungsträger endlich her, die über den Tellerrand hinausschaut und die ökonomische und ökologische Verantwortung für die



Dr. Andreas Steiner als Erstunterzeichner der Volksinitiative für ein Sozialticket

Erde mit Blick auf die Zukunft wahrnimmt“ wurde ihm innerhalb der Partei vorgeworfen, seine Abberufung aus dem Ausschuss A5 folgte. Weiterhin wurde im Mai ein Parteiordnungsverfahren gegen ihn eingeleitet. Ausgerechnet die Unterbezirksvorsitzende und Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des deutschen Bundestages, Petra Bierwirth, die selbst jahrelang als Umweltpexpertin in ihrer Partei galt, betätigt sich hier als Vorreiterin der parteiinternen Inquisition. Schade, der SPD ständen kritische Ökologen gut zu Gesicht. Zum Glück gibt es ja noch andere Parteien die engagierte Mitglieder brauchen. Wir wünschen Andreas für seine weitere Arbeit viel Erfolg.

- Norbert Wilke

## Peter Ernst erhält den Landesumweltpreis 2007

Wir gratulieren unserem Landessprecher Peter Ernst zur Verleihung des diesjährigen Landesumweltpreises. Weitere Preisträger des dreigeteilten Umweltpreises sind die Grundschule Dissenchen und der Förderverein Oberes Rhinluch. Anbei ein Auszug aus der Laudatio des MLUV: „Peter Ernst (1933 geboren) ist seit den sechziger Jahren ein unermüdlicher Streiter für den Natur- und Umweltschutz in seiner Heimatregion Potsdam. Im jahrelangen Kampf um die Ausweisung der Parforceheide als Landschaftsschutzgebiet, den Erhalt des Güterfelder Haussees, die zivile Nutzung des ehemaligen Truppenübungsplatzes in Güterfelde oder bei der Verhinderung des Havelausbaus gehört Peter Ernst stets zu den aktivsten Mitstreitern. Während seines jahrzehntelangen Wirkens war er in vielen Funktionen und Gremien ehrenamtlich aktiv: Naturschutzhelfer, stellvertretender Naturschutzbeauftragter, Forstschutzhelfer, Mitglied des Kreisnaturschutzaktivs, Mitbegründer der Arbeitsgruppe „Sozialistische Landeskultur und Naturschutz im VEB Mikroelektronik Stahnsdorf“. Nach 1990 wurde er Gemeindevertreter, stellvertretender Vorsitzender des Kreisnaturschutzbeirates, Mitglied des Landessprecherrats der GRÜNEN LIGA, Vertreter im Umweltbeirat des Landes Brandenburg. Bis heute ist er als Stahnsdorfer Gemeindevertreter im Ausschuss Bau-Umwelt-Verkehr aktiv. Seine Mitgliedschaften im Stahnsdorfer Heimatverein, im Förderverein „Gütergotz Kulturlandschaft e.V., Jagdschloss Stern-Parforceheide e.V., der Pückerlgesellschaft und der Interessengemeinschaft Teltowkanal bilden eine gute Basis für sein öffentliches Wirken. Er ist seit 1990 Mitherausgeber des Güterfelder „Gütergotz Landboten“. Sein langjähriges, unermüdliches, streitbares und ehrenamtliches Engagement hat zu vielen konkreten Entscheidungen und Erfolgen für Natur und Umwelt seiner Heimatregion und im Land Brandenburg geführt.“

- Martina Dittmann-Poser

## Dr. Hans-Joachim Bormeister zum 80. Geburtstag



Dr. Hans-Joachim Bormeister feierte am 16. Mai 2007 in seinem Heimatort Zehdenick seinen 80. Geburtstag. 1927 in Templin geboren, war Dr. Bormeister nach seinem forstwissenschaftlichen Studium und seiner Promotion mehrer Jahre als Waldbauleiter im Staatlichen Forstbetrieb Templin tätig. Ab 1957 widmete er sich dem Aufbau der Forstverwaltung der evangelischen Kirche in der damaligen DDR und wurde schließlich 1969 deren Leiter. Unter seiner Führung gelang es, die Kirchenforsten unter eigenständiger Bewirtschaftung zu halten. Schon damals war er dem Naturschutz verbunden und engagierte sich für eine nachhaltige Forstwirtschaft, die alle Bereiche der Nachhaltigkeit abdeckt. Als Mitbegründer der 1954 gegründeten Arbeitsgruppe „Ornithologie/Natur- und Heimatfreunde“ des Kulturbundes in Zehdenick, zu der auch der bekannte Entomologe Dr. Urban zählte, war er schon damals in die Naturschutzfacharbeit vor Ort involviert und berichtete darüber in der örtlichen Presse.

Zur politischen Wende 1989 erkannte Dr. Bormeister die große Chance für den Wald und den Naturschutz und betreute intensiv die Gründung des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin. Seit 1991 ist er für die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald aktiv und hat hier in den ersten Jahren den Landesverband Brandenburg mit aufgebaut. Ebenso war Dr. Bormeister Teilnehmer der Gründungsveranstaltung der GRÜNEN LIGA Oberhavel die am 3. Januar 1990 im Jugendclubhaus „Zur Scheune“ in Zehdenick stattfand. Viele Jahre gehörte er dem 1993 gegründeten Naturschutzberrat des Landkreises Oberhavel an.

Doch ziemlich bald ging das Engagement über die Landesgrenzen hinaus: Dr. Bormeister wurde aktives Mitglied des SDW-Bundesvorstandes und leitete darüber hinaus den SDW-Arbeitskreis „Wald, Naturschutz und Landschaftspflege“ auf Bundesebene. Besonders lagen ihm hier der Schutz der Alleen und die Waldvermehrung am Herzen. Von 1992 bis 2000 war Dr. Bormeister ein tatkräftiges Mitglied des geschäftsführenden SDW-Bundesvorstandes, dem er in seiner Funktion als Arbeitskreisleiter dann auch in der Folgezeit angehörte. Unter seiner Leitung hat der Arbeitskreis viele interessante Exkursionen durchgeführt, bei denen verschiedene Aspekte des Naturschutzes und der Waldökologie anschaulich erläutert wurden.

Für seine Leistungen wurde er 1999 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Heute ist Dr. Bormeister immer noch Vorsitzender des Zehdenicker Kulturbundes e.V. der regelmäßig Vorträge in Zehdenick veranstaltet. Gerne hätte er den Vorsitz an einen jüngeren abgegeben aber auch der Kulturbund ist leider etwas überaltert. Wir wünschen nachträglich noch alles Gute und hoffen auf viele weitere Jahre voller Schaffenskraft und Gesundheit.

- Norbert Wilke

## Kleine Klimafibel 2007 – Leseprobe

*Ich sitze in der Sonne und träume, von besseren Zeiten und wie es werden wird.*

Obwohl durch die jetzt geführten Debatten über den Klimawandel die öffentliche Wahrnehmung dieser Problematik enorm gestiegen ist, muss abgewartet werden, wie lange sich die Thematik in dieser Intensität in den Medien halten kann. Es ist anzunehmen, dass sehr bald ein Abstumpfungsprozess stattfinden wird. Andere spektakuläre Ereignisse werden über die Bildschirme flimmern und die Zeitungsseiten füllen. Auch die Konsumenten der Medien, die Menschen, werden sich bald abwenden, zumal sie wegen ihrer eigenen Lebensweise oft ein schlechtes Gewissen haben müssen. Der große Widerspruch zwischen durchaus vorhandenem Umweltbewusstsein und der so dringend notwendigen Veränderung des Umweltverhaltens konnte bis zum heutigen Tage nicht aufgelöst werden. Doch ich bin sicher, die Problematik des Klimawandels wird stets ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Ganz einfach deshalb, weil wir Menschen seine Folgen immer öfter zu spüren bekommen werden.

Wer zu seiner eigenen, persönlichen Erkenntnis über den globalen Klimawandel kommen will, der muss sich informieren. Es gibt eine Vielzahl von Publikationen darüber – Bücher, Presseberichte, Radio- und Fernsehsendungen. Jeder, der irgendwann begriffen hat, welche Gefahren für ihn selbst, seine Kinder und Enkel sowie nachfolgende Menschengenerationen drohen, sollte sich die Frage stellen: Was kann ich persönlich tun, um das Klima zu schützen? Die Möglichkeiten scheinen auf den ersten Blick begrenzt zu sein. Doch wer intensiv nachdenkt, wird erkennen: Die eigenen Handlungsfelder im Klimaschutz sind vielfältig!

Als erstes sollte jeder grundsätzlich seine eigenen Lebensansprüche überprüfen. Was brauche ich, was braucht der Mensch zum Leben? Natürlich: genug zu essen, Kleidung, ein Dach über dem Kopf, Kultur und Bildung. Aber es gehört mehr dazu: eine Familie oder eine Lebensgemeinschaft, Freunde im persönlichen Umfeld, die Möglichkeiten einer sinnvollen Freizeitgestaltung. Und er sollte sich fragen: Lebe ich selbst schon im Überfluss? Kann ich nicht auch einfacher, natürlicher leben? Verzicht und Mäßigung sind in der gegenwärtigen Situation der globalen Erwärmung eine Tugend, die wir alle wieder erlernen müssen. Nach dem Motto: Es gibt so viele Dinge, deren ich nicht bedarf!

Es ist falsch, angesichts des beginnenden Klimawandels zu sagen, andere müssen jetzt handeln. Die bekannte These „Ich allein kann ja doch nichts machen“, gilt nicht mehr. Alle müssen etwas zu tun, jeder einzelne Mensch, jede Kommune, jedes Land. Das eigene Beispiel, der eigene Beitrag zum Klimaschutz sind gefordert. Die Willigen müssen Vorbild sein für diejenigen, die jetzt noch beiseite stehen. Wir müssen auch nicht in Hoffnungslosigkeit versinken. Nur wer sich selbst aufgibt, hat schon verloren. Auch Fatalismus ist fehl am Platze. Viele Menschen in der geschichtlichen Vergangenheit haben gezeigt, dass ein unabwendbar erscheinendes Schicksal sich abwenden lässt – wenn alle es wollen. Wenn alle bereit sind, mitzuhelfen. Eine Kette beginnt stets am ersten Glied! –Dieter Lehmann-Falkenberg



## Braunkohletermine Termine

02. September, 14:00 Uhr, Lacoma  
Wanderung durch die Lacomaer Teichlandschaft

08. September, Fr. ab 18:00 Uhr, „Quasimono“ Cottbus Strom-  
wechselfarty

09. September, 19:00 Uhr, Gosda bei Forst, Alter Schafstall  
Treffen der „Klinger Runde“ gegen neue Tagebaue

16. September, 14:00 Uhr, Lacoma  
Wanderung durch die Lacomaer Teichlandschaft

29. September, Sa. 10:00 Uhr Stadthaus, Altmarkt 21  
Energiepolitische Konferenz der LINKEN

Vorträge:

- „Energieversorgung für Brandenburg 2050 - der Beitrag von Vattenfall“ - R. Hassa, Vattenfall
- „Erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung statt alter Kraftwerke“ - S. Peter, ISUSI
- „Möglichkeiten der Fortführung des Braunkohletagebaus in Brandenburg“ - U. Obst, LBGR
- „Probleme der Braunkohlenutzung aus Sicht eines Umweltverbandes“ - R. Schuster, GRÜNE LIGA (Mittagspause)
- 14:30 Podiumsdiskussion mit MdL Ralf Christoffers, MdL Wolfgang Thiel, Vertreter der IG BCE, Thorben Becker (BUND); Moderation: Jörg Staude

## Wölfe in Brandenburg

Am 30. Oktober findet im Rahmen der „Grüner Dienstagreihe“ im Haus der Natur in Potsdam eine Veranstaltung der GRÜNEN LIGA und des NABU zu „Wölfen in Brandenburg“ statt. Jana Schellenberg vom Kontaktbüro „Wolfsregion Lausitz“ wird über die Einwanderung des Wolfes in Brandenburg, unser erstes Wolfsrudel in der Zschornoer Heide und dem Wolfsmanagement sprechen. Weiterhin wird Reinhard Möckel, Wolfsbeauftragter für den Landkreis Spree-Neiße, erwartet. Beginn ist um 19.00 Uhr im Umweltbildungszentrum im 3. OG - Norbert Wilke

## Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN LIGA

Am Samstag den 3. November findet ab 10.00 Uhr im Haus der Natur in Potsdam unsere diesjährige Landesmitgliederversammlung statt. In diesem Jahr geht es um das Thema Kernkraft, hierfür konnte Prof. Dr. Sebastian Pflugbeil als Referent gewonnen werden. Also wird es um die aus Wirtschaftskreisen avisierte Renaissance der Kernkraftwerke, Störfälle, die Folgen von Tschernobyl und den Rückbau des KKW Rheinsberg u.a. gehen. Näheres erfährt Ihr im nächsten Libell. - Norbert Wilke

## Umweltbildungszentrum im Haus der Natur in Potsdam wird Gilsenbachsaal

Am Montag, dem 10. September, wird im Rahmen des Hoffestes das bisherige Umweltbildungszentrum im Haus der Natur in Potsdam in Reimar-Gilsenbach-Saal umbenannt. Gegen 14.00 Uhr wird Matthias Platzek die Laudatio für den im November 2001 verstorbenen Ökologen und Schriftsteller halten. Hannelore Gilsenbach wird die Feierstunde kulturell umrahmen. Im Anschluss sind alle Interessenten zum Hoffest des Förderverein Haus der Natur eingeladen. - Norbert Wilke

Libella Libell jetzt auch online!

Ab sofort kann unsere Mitgliederzeitung auch als PDF-Datei bezogen werden. Das spart Ressourcen und Zeit. Interessenten können sich in der Landesgeschäftsstelle unter 0331-20155200 oder per email an [potsdam@grueneliga.de](mailto:potsdam@grueneliga.de) wenden.

- Norbert Wilke

1990 gründeten Umweltschützer ein Netzwerk, das seine Wurzeln in den kirchlichen Umwelt- und Friedensgruppen, Stadtökologiegruppen sowie vielen örtlichen Natur- und



Umweltschutzinitiativen der DDR hat. Die GRÜNE LIGA bringt den Erfahrungsschatz ihrer Vorgeschichte in ihre Grundsatzpositionen ein:

Visionen haben

Grenzen der Ressourcen akzeptieren, regional und transparent entscheiden, Strukturen von unten entwickeln, die Erde allen geben, Vielfalt bewahren, Werte neu bestimmen, Geschichte begreifen, neu denken, konsequent tiefgreifende Veränderungen fördern, Dialoge ermöglichen, Öffentlichkeit informieren, Konflikte ohne Gewalt lösen.

Die GRÜNE LIGA vereint Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die sich gemeinsam auf vielfältige Art und Weise für Natur- und Umweltschutz einsetzen.

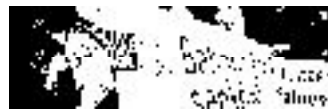
Inhalt dieses Netzwerks wahren diese



Gruppen ihre Eigenständigkeit und Identität. Ziel des Netzwerks ist die regionale sowie fachliche Koordination und Unterstützung von Akteuren und Aktivitäten. Die Facharbeit ist in Arbeitskreisen vernetzt – strukturell haben sich in den fünf neuen Bundesländern und in Berlin Landesverbänden zusammengeschlossen.

Netzwerk knüpfen

Handeln anregen



Man kann Probleme nicht wegreden: sie müssen gelöst werden. Deshalb initiiert und unterstützt das Netzwerk GRÜNE LIGA seit seiner

Gründung Projekte und Aktivitäten zum Natur- und Umweltschutz. Einige Beispiele dafür sind: Umwelterziehung mit Kindern und Jugendlichen, Umweltberatung, Natur- und Artenschutz, Projekte und Aktionen zur Abfall- und Verkehrsvermeidung, Landschaftspflege, Förderung von nachhaltiger Regionalentwicklung, Förderung des sanften Tourismus und zu lokalen Agenden. Die GRÜNE LIGA sucht in ihrer Arbeit das Zusammengehen mit gleichgesinnten Menschen, Initiativen und Vereinen.

## Havelplenum

Liebe Havelfreunde, nach der Sommerpause wollen wir den Schwung nutzen in einem neuen Anlauf 17 politisch zu kippen. Wenn nicht jetzt, wann dann? Wir zählen auf Euch alle. Angedacht ist eine Kampagne „Havelausbau stoppen“, womit wir ein geordnetes Rückzug aus dem unsinnigen Projekt einleiten wollen. „Projekt 17 qualifiziert abschließen“ ist unser Motto, an dem alle Beteiligten die Möglichkeit haben „ihr Gesicht zu bewahren“. Wie und wann das ablaufen soll, wird Ihnen/Euch Gundula Örtel, die sich hereinigen noch aus der Anfangszeit des Havelbündnisses bekannt ist, erklären. Wir rechnen mit Eurer/Ihrer Unterstützung, denn nur gemeinsam können wir das schaffen. - Winfried Lücking  
Veranstaltungsort:  
Haus der Natur, Lindenstr.  
34, 14467 Potsdam/19.00 Uhr

## Impressum

Herausgeber und Verleger:  
GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.,  
Haus der Natur  
Lindenstraße 34, 14467 Potsdam  
Tel. 03 31 - 201 55 20  
FAX: 03 31 - 201 55 22  
[potsdam@grueneliga.de](mailto:potsdam@grueneliga.de)  
[www.grueneliga.de](http://www.grueneliga.de)

**Redaktion:** Norbert Wilke, Antje Kühn,  
Christine Titel, Susanne Bohnenberg  
Erscheinungsweise: zweimonatlich  
Preis: 1,00 Euro – bei Mitgliedern im  
Beitrag enthalten  
Auflage: 1.200 Exemplare  
Bankverbindungen:  
Geschäftskonto: 55 000  
Rechtsschutzfonds: 1000 55 000  
Spendenkonto: 2000 55 000  
Lausitz-Bank, BLZ: 180 626 78